

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 40 M.
Reklamezeile 100 M.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 11

Donnerstag, den 25. Januar 1923.

Postfach 10114
Stuttgart (Mitt.) 10114

17. Jahrgang

Ämtlicher Teil

Nr. 39.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 117 Absatz 1 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1449) zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 werden hiermit nach Anhörung von Vertretern der Brennstoffhändler und Brennstoffverbraucher, die Brennstoffpreise mit Wirkung vom 12. Januar 1923 ab wie folgt festgesetzt:

Kleinsten Kohlen	3882 M.
Stückkohle	4448 M.
Ruß I, II, III	4546 M.
Ruß IV	4375 M.
Anthrazit I, II	4830 M.
Anthrazit III	5140 M.
Anthrazit IV	4823 M.
Steinkohlenscheitels	5524 M.
Gleichensteins	4914 M.
Bruchsteine I, II	5452 M.
Bruchsteine III	5163 M.
Bruchsteine	5183 M.
Steinkohlenscheitels	5740 M.
Steinkohlenscheitels (Union-) Brutto	2455 M.

(alles je Zentner ab Bahnlagern)
Bei Ausgabe direkt ab Waggon ermäßigen sich vorstehende Preise um 20 M.

Für Anfuhr an das Haus, Abtragen usw. gelten die ortsüblichen Sätze.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung gegen Preisverhinderung vom 8. Mai 1918 (R.G.B. Nr. 395) bestraft.

Die dies. Bekanntmachung vom 6. d. M., Kreisbl. Nr. 4, wird ab 1. d. M. außer Kraft gesetzt.

Wiesbaden, 23. Januar 1923.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Schmitt.

Nr. 40.

Kreisaußschuß-Kommision

Erzeugerpreise ab Vollbahnstation	
weizenhaltig	1000 M.
weizenhaltig	1000 M.
gerstehaltig	1000 M.
Großhandelsverkaufspreis frei Frankfurt a. M.	
weizenhaltig	1200 M.
weizenhaltig	1200 M.
gerstehaltig	1200 M.

Städtische Preisprüfstelle.

Nr. 41.

Die Polizeiverordnungen und Ortspolizeibehörden des Kreises weise ich zur ortsüblichen Bekanntmachung auf die im Regier.-Ansbld. Nr. 1 für 1923, 3. H. 7 abgedruckte Verordnung der Gebührenordnung für Fleischbeschauer vom 2. Januar 1923 hin.

Die Beschauer sind zu benachrichtigen.
Wiesbaden, den 23. Januar 1923.
Der Stadtrat.

Terminkalender.

Nr. 42.

Erinnerung.

Die Gemeindeverordnungen ersuche ich, soweit dies noch nicht geschehen ist, meine Verfügung vom 18. Dezember 1922 betreffend Wohnungsvorhältnisse im Landkreis Wiesbaden, bis zum 27. ds. Mts. zu erfüllen.

Wiesbaden, den 23. Januar 1923.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. B. Dr. Bode.

Nichtämlicher Teil.

Brennlicher Landtag.

Berlin, 22. Januar. Zur dritten Beratung liegt der Gesetzentwurf über die Gewährung von Stipendien nach § 1 des Reichs-Stipendengesetzes. Nachdem der erste Paragraph des Entwurfes angenommen ist, stellt sich bei § 6 (Verordnung der Aufstellungsgewährung) die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus. — In der neuen Sitzung beschließt sich das Haus zunächst mit dem Antrag des Herrn, der das Staatsministerium ersucht, notwendige Angehörige der freien Berufe, (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Redakteure usw.) die eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen statt der dort tätigen jungen unversicherten Auszubildenden zu beschäftigen, soweit dies eine Benachteiligung anderer Beamten geschieden kann. — Der Antrag wird dem Hauptauschuß überwiesen. Nach Bepfändung verschiedener kommunistischer Anträge und einer Anfrage derselben vertagt sich das Haus auf Dienstag.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Eine Arbeiter- und Angestellten-Abordnung in Mainz.

Am 22. Januar. Die Abordnung der Arbeiter und Angestellten von Tassen, der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. und des Essener Bergwerksvereins König Wilhelm waren heute in Mainz anwesend, um bei General Degoutte gegen die Verhaftung der Leiter ihrer Werke und der Werksdirektoren zu protestieren und deren sofortige Freilassung zu verlangen. Da General Degoutte nicht anwesend war, wurde die Abordnung vom Generalstabchef, Generalmajor Semaire, empfangen und sie überreichte diesem die nachstehende Erklärung, die in einer anschließenden Besprechung von verschiedenen Mitgliedern der Kommission noch nachdrücklich unterstützt wurde: „Die unterzeichneten Beauftragten der Gesamtbeiräte folgender rheinisch-westfälischer Werke: 1. Tassenwerke Hamborn-Wülhelm (Gesamtzahl der vertretenen Arbeiter und Angestellten 65.000), 2. Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. zu Essen sowie der angegliederten Gewerkschaften Victoria, Prinz Friedrich, Dorstfeld, Doppel (Gesamtzahl der vertretenen Arbeiter und Angestellten 25.000), 3. Essener Bergwerksverein König Wilhelm zu Borsbe (Gesamtzahl der vertretenen Arbeiter und Angestellten 65.000) legen hiermit im Namen der von ihnen vertretenen Arbeiter und Angestellten dar, daß sie die Verhaftung der Werksdirektoren sowie auch gegen das gleiche Vorgehen gegen die Leiter anderer Werke. Wir erwarten daher auf das bestimmteste die sofortige vollständige Freilassung sämtlicher verhafteten Herren und erlauben zur Kenntnis zu nehmen, daß andernfalls die Verantwortung für die aus der Nichterfüllung unseres Gesuches entstehenden Folgen voll und ganz auf die französischen Besatzungsbehörden zurückfällt. Die Beauftragten der Beiräte (sogenannte Unterführer). — Der Generalstabchef erklärte der Abordnung, daß General Degoutte in Düsseldorf und daher für sie nicht zu sprechen sei. Die Abordnung verlangte aber, auf irgendeine Art und Weise mit General Degoutte morgen oder übermorgen zu sprechen. Nach einer Zwischenpause, während der sich die französischen Vertreter mit General Degoutte in Düsseldorf in Verbindung setzten, wurde der Abordnung eröffnet, daß Degoutte für sie nicht zu sprechen sei, sie sollten sich an die Ausführungen des Generals Simon halten. (Gemeint ist die bereits gemeldete Erklärung, die gestern General Simon der Abordnung der Tassenwerke gegenüber in Düsseldorf abgegeben hat). Auf eine nachmalige Anfrage, ob es nicht möglich sei, General Degoutte doch noch zu sprechen, erklärte der Generalstabchef: General Degoutte hat keine Anweisungen getroffen; daran ist nichts mehr zu ändern.

Englische Pressestimmen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, der unermessliche Widerstand Deutschlands, der eher zu als abnehme, habe in Frankreich zahlreiche Befürchtungen erweckt und lasse in manchen Kreisen den Wunsch nach Verhandlungen entstehen, die die unbefriedigenden Ergebnisse zu Ende bringen würden, bevor sie zu unüberwindlichen Taten führen würden. In einem weiteren Telegramm teilt der Pariser Berichterstatter der „Times“ mit, daß Poincaré in der nächsten Sitzung der Abgeordneten den Vatonnier, Vorsteher der Adolfschicht, zu spielen wünsche. Dies würde es wahrscheinlich notwendig machen, daß er gegen Ende Februar das Amt des Premierministers niederlege.

Amerikanische Pressestimmen.

Washington, 22. Januar. „Star“ schreibt: Die Vereinigten Staaten, die anfänglich die Haltung Frankreichs kritisierten, neigen jetzt Frankreich zu. Man beginnt sich in der Tat Rechenschaft abzulegen, daß die Befreiung des Ruhrgebietes Deutschland baldigst nötigen wird, die Verpflichtungen anzuerkennen, die ihm gemäß des Versailler Vertrages zukommen, der trotz aller Rechtfertigungsversuche und Proteste von Berlin seine ganze Kraft bezieht. Die Zeitung gibt so ziemlich die Meinung der meisten Zeitungen wieder.

Die Verhandlungsmöglichkeiten.

Niemals unter militärischem Druck! — Am 22. Januar. Zu den Redungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbefreiung und der Reparationen wird uns von zu ständiger Seite mitgeteilt:

Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, den durch den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffenen, sich täglich verschärfenden Zuständen des Innere und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um ihnen zum Erfolge zu verhelfen. Alle Stellen, die sich mit dem das Schicksal Europas einschließenden Problem beschäftigen,

sind von der Auflösung der deutschen Regierung unterrichtet. Wie wiederholt erklärt worden ist, war und ist Deutschland jederzeit zu Verhandlungen über eine vernünftige Vereinigung der Reparationsfrage bereit. Im Augenblick aber, wo französisch-belgische Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen wiederum im Widerspruch mit den Verträgen, auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint ein Verhandeln über künftige Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welches Trümmersfeld Deutschland am Ende der französischen Unternehmung darstellen wird. Deshalb ist heute jede Möglichkeit und Abklärung der uns dann noch verbleibenden Reste unserer geschwächten Leistungsfähigkeit ausgeschlossen. Auch können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedigung Europas geeignet sind. Die Reparationsverhandlungen versprechen nach der Überzeugung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktions- und Pönalpolitik endgültig verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren. Diesen Grundgedanken gemäß bezieht die deutsche Regierung allen Verufen, die aus der Erkenntnis der ersten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit warmem Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien rechtzeitig zur Aufgabe von Unternehmungen zu veranlassen, die diesen Ländern niemals Sicherheiten oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber zwecklose Kosten aufbürden. Deutschlands Leistungsfähigkeit bei der Beilegung der Ruhrfrage und Europa in eine immer ernstere Wirtschaftskatastrophe hineinzuführen.

Ein Bekenntnis der Zechenleiter.

Die Leiter der Zechen des Ruhrgebiets haben folgende Erklärung erlassen:

Die Weigerung, derentwegen die Verhaftungen vorgenommen sind, ist, von der vom Reichs-Kohlen-Kommission im Fall der Zusammenfassung angebrochenen Gefängnisstrafe ganz abgesehen, lediglich in Erfüllung des folgerichtigen Imperatives der Pflicht gegenüber Deutschland und seinen Gesetzen erfolgt. Sollte sie entgegen den anerkannten Regeln des Völkerrechts zu einer Verurteilung der Verhafteten führen, so wird uns dies zu einer Verurteilung unserer entsetzten ablehnenden Stellungnahme nicht bewegen. Auch wenn weitere Verhaftungen vorgenommen werden sollten, wird uns dies vom Gehorsam gegen die Befehle unserer Regierung und unserer zuständigen Behörden nicht abbringen und uns nicht veranlassen, gegen unser Vaterland zu handeln. Und wenn selbst alle Leiter der Ruhr, gegen ihrer Freiheit verurteilt werden, so wissen wir, daß die alsdann an ihre Stelle Treuen nicht anders handeln und in der Treue gegen Vaterland und Wert nicht wanken werden. Wenn die Besatzungsbehörden glauben, uns durch Einschüchterung gezwungen zu machen zu können, so werden sie auf Grund liegen.

Eine Mitteilung der französischen Regierung.

Berlin, 22. Januar. Dem deutschen Gesandten in Paris ist folgende Mitteilung der französischen Regierung übergeben worden:

Die französische Regierung bekräftigt den Empfang des Aide-Memoire, worin die deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen. Die von der Besatzungsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzung des Vertrages von Versailles. Die französische Regierung, entschlossen, die Ausführung dieses Vertrages durchzuführen, behält sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche durch die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder deutscher Staatsangehöriger notwendig sein sollten.

Die deutsche Note, die den Protest gegen die Erschließung des Akzentträgers Kommissar in Landgreber enthielt, ist dem deutschen Gesandten in Paris mit der Erklärung zurückgegeben worden, die französische Regierung lehne es wegen des Tones der Note ab, sich mit ihr zu befassen.

Vermittler.

Berlin, 23. Januar. Unter vorstehender Überschrift schreibt der „Berliner Volksanzeiger“: Die Vermittler der italienischen Regierung, in dem deutsch-französischen Konflikt vermittelnd eingegriffen, werden fortgesetzt und sollen bereits zu bestimmten Schritten der römischen Diplomatie geführt haben. Selbstverständlich oder handelt es sich hier, bei nur um die ersten Anfänge einer Aktion, die sehr bald durch das Verhalten der französischen Regierung völlig gegenstandslos werden kann und der man deshalb in Deutschland mit größter Reserve zu begegnen hat. Ebenso wird man Nachrichten aus Paris, denen zufolge die französische Regierung mit Rücksicht auf die erwartete italienische Vermittlung gewisse Maßnahmen im Ruhrgebiet ausführen oder gar einstellen werde, mit einem kalten Fragezeichen versehen müssen.

Ein neuer Protest der Reichsregierung in Paris.

Berlin, 23. Januar. Die Reichsregierung hat einen Protest Deutschlands gegen die neuen Rheinlandverordnungen nach Paris gesandt.

Wiesbaden, 22. Januar. Oberregierungsrat Spieß, der nach der Ausweisung des stellvertretenden Regierungspräsidenten a. Neben dessen Geschäfte wahrnahm, ist von den Franzosen ausgewiesen worden, weil er sich geweigert hat, die auf Anweisung der preussischen Staatsregierung ergangene Verfügung an die Forstbeamten, nur der preussischen Regierung Folge zu leisten, zu widerrufen. Die Geschäfte des Regierungspräsidenten werden jetzt von dem Oberregierungsrat a. Neben wahrgenommen.

Wiesbaden. Der hiesige Kreisdelegierte der D. D. L. R. gibt den Zeitungen bezüglich der gemeinsamen Amtsenthebungen folgendes bekannt: Nachdem der Regierungsrat von Neben, Stellvertreter des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, anerkannt hat, den Befehl des preussischen Landwirtschafts-Ministers, der die Verordnung Nr. 134 für null und nichtig erklärt, an alle Forstbeamten und Landräte zur Ausführung übermittelt zu haben und die Annullierung dieser Übermittlung verweigert hat — selbst auf einen eventuellen schriftlichen Befehl des Herrn Oberdelegierten — hat die hohe Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, diesen deutschen Beamten seines Amtes zu entheben und ihn unverzüglich auszuweisen. Ferner hat die hohe Interalliierte Rheinlandkommission aus ähnlichen oben erwähnten Gründen die Ausweisung von L. Herrn von Hölting, Vorsteher des Landes-Finanzamtes in Köln, 2. Herrn Bruno Schmidt-Wendern, Oberförster in Lanten, angeordnet.

Mainz, 22. Januar. Die verhafteten Zechenleiter sind hier im französischen Gefängnis in Einzelhaft untergebracht. Sie erhalten Essen aus dem Refektorium und sind auch mit Wasser versehen worden. Rechtsanwalt Grimm-Effen hat noch als Vertreter des Rechtsanwalts Neumann-Mainz mit den französischen Anwälten U. Clair-Mainz gesprochen.

Mainz, 22. Januar. Nachdem am Samstagabend der Vorsteher des hiesigen Zollamts, Offenbacher, verhaftet worden ist, erfolgte heute früh die Verhaftung seines Stellvertreters Horn. Rechtsanwalt Neumann hat gegen die Verhaftung Beschwerde eingelegt.

Mainz. Die Eisenbahner-Organisationen des Bezirks Mainz beschäftigen sich am Sonntag mit der augenblicklichen Lage, wie sie insbesondere durch die Befreiung des Ruhrgebiets geschaffen wurde, und fasste einen Beschlufs, in welchem daraufgelegt wird, daß die Organisationen des Bezirks einig sind darin, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein geschlossenes Zusammengehen erfordert und daß sie bereit sind, alle Maßnahmen zu unterstützen und selbst zu ergreifen, welche zur Abwehr des Einmarsches ins Ruhrgebiet zweckdienlich sind. Auch gegen neue Kriegstreiber müsse der Kampf in schärfster Weise fortgeführt werden.

Am 23. Januar. Die Beiräte der des gesamten rheinischen Wirtschaftslebens haben gestern in einer außerordentlich zahlreichen Versammlung eine Entschließung angenommen, die gegen die Neuverteilung des Ruhrgebietes schärften Protest erhebt und sich bereit erklärt, die Arbeitskräfte an der Ruhr nötigenfalls in ihrem Abwehrkampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, um die Einheit der deutschen Republik zu sichern. Gegen die Verhaftung von Beamten wird gleichfalls schärfste Verurteilung eingelegt und eine Kommission der Gewerkschaften und Betriebsräte beauftragt, mit den französischen Behörden in Verbindung einzutreten, damit die Verhaftungen sowie die besetzten Maßnahmen rückgängig gemacht werden.

Wachen, 22. Januar. Heute mittag sind der Leiter des Finanzamtes Kochen 2 (Wachen-Land und Wachenau), Oberregierungsrat Gombach und sein Stellvertreter, Regierungsrat Dr. Berzen, von einer aus drei Offizieren und fünf bis sechs Gendarmen bestehenden Abordnung der Besatzungsbehörde verhaftet worden, weil sie diesen gegenüber erklärt hätten, sie würden der belgischen Regierung keinen Vorlauf und nur den Anordnungen der deutschen Behörden Folge leisten. Daraufhin haben sämtliche Beamten und Angestellten des Finanzamts ihre Tätigkeit eingestellt.

Neustadt a. d. H., 22. Jan. Der Direktor der hiesigen Reichsbankstelle ist verhaftet worden. Die Reichsbank ist sowohl hier wie auch in Kaiserslautern geschlossen.

Die Ausbringung der Lebensmittel zur Ernährung der Schwerkranken in der Ernährung im Ruhrgebiet.

Am 22. Januar. In Verfolg ihres am Freitag gehaltenen Beschlusses berieten am Sonntag die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Maßnahmen über die Ausbringung der Lebensmittel zur Ernährung der Schwerkranken in der Ernährung im Ruhrgebiet und über ihre Aufstellung an die geschädigten Gebiete. Die Vorstehen der Landwirtschaftsministerien werden ersucht, in ihren Bezirken unter Beiziehung von Vertretern der in ihrem Bezirke bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen umgehend die für das Unterhaltungsbedürfnis nötigen Maßnahmen durchzuführen und die Errichtung von Sammelstellen zu organisieren. In den einzelnen Sammelstellen

folle die Lebensmittel zu einem unter dem Marktpreis liegenden Preis angekauft werden. Soweit diese Maßnahme nicht unmittelbar erfolgt, wurde angeordnet, den Preis auf etwa 15 Prozent unter dem jetzigen Marktpreis zu bemessen.

Kleine Mitteilungen aus dem Ruhrgebiet.

Langendreer, 24. Januar. Gestern nachmittag fand die Beerdigung des Krankenschwefers Kaminski unter überaus großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Viele tausende Personen gaben dem Toten das letzte Geleit. Ein Hüls von Kranzgen schmückte sein Grab.

Langendreer. Wegen des Vorfalls in Langendreer, wobei der Krankenschwefers Kaminski erschossen wurde, ist das dort lagernde Regiment abberufen und nach Hattingen verlegt worden. Der Reichsfeldzeug hat den Hinterbliebenen sein tiefgefühltes Beileid übermittelt.

Die Polen auf den Thronischen Werken. Die polnisch sprechenden Arbeiter und Beamten der Thronischen Werke in Homborn haben erklärt, daß sie sich dem Treuegelübde der übrigen Beamten, Angestellten und Arbeiter entziehen.

Nach einer Meldung finden in Essen Verhandlungen über die Neuorganisation der Bergarbeiterlöhne statt. Mit Rücksicht auf die Lage im Ruhrgebiet glaubt man schnell zu einer Einigung zu kommen.

Hamborn, 23. Januar. Da die Bemühungen der Thronischen Werke um die Freilassung der Thronischen Werksangehörigen gescheitert sind, ist heute früh die gesamte Arbeiter- und Beamtenliste der Thronischen Werke in den Streik getreten.

Wiesbaden, 23. Januar. Auch der dritte Nachfolger des Regierungspräsidenten, Oberregierungspräsident v. Wedel-Petersen, der seit gestern nachmittag nach der Ausreise des Herrn Spieß die Geschäfte führte, ist heute nachmittag ausgewiesen worden.

Speyer, 23. Januar. Der Stellvertreter des heute verstorbenen ausgewiesenen Regierungspräsidenten von Chimpensperg, Regierungspräsident v. Rothemann, wurde heute abend gegen 17 Uhr aus dem Saarland vertrieben.

Coblenz, 23. Januar. Aus Zell wird mitgeteilt: Der Leiter des Finanzamts Zell, Regierungsrat Dr. Neuburg, wurde von der französischen Behörde verhaftet und nach Kreuznach übergeführt.

Bad Ems, 23. Januar. Die „Emscher Zeitung“ und die „Dietz-Zeitung“ sind von der französischen Besatzungsarmee in Dietz ohne Angabe von Gründen für den 24., 25. und 26. Januar verboten worden.

Düsseldorf. Die zweimal täglich erscheinenden „Düsseldorfer Nachrichten“ sind auf Befehl des Kommandanten des Besatzungsgebietes Düsseldorf, General Simon, für die Zeit vom 23. bis 30. Januar einläufiglich verboten worden.

Speyer. Der Regierungspräsident der Pfalz, Herr v. Chimpensperg, hat Dienstag nachmittag vom französischen Besatzungsgebiet der Rheinlandkommission den Befehl erhalten, er müsse bis nachmittags 5 Uhr die Pfalz verlassen. Die Kommissäre des Regierungspräsidenten sind gleichzeitig ausgewiesen worden, hat jedoch für die Zeit vom 27. Januar erhalten.

Hilfsaktion für das Ruhrgebiet.

Stuttgart, 22. Januar. Ein von dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ mit 100.000 Mark heute früh eingeleitete Sammlung zugunsten der Ruhrflüchter hat bis in die Abendstunden bereits über vier Millionen Mark eingenommen.

Hamburg. Der Landesverein Hamburg vom Roten Kreuz teilt mit, daß ihm von dem Central Relief Committee in New York zur Überbrückung an den Oberbürgermeister Huber in Essen 500 Lebensmittelpakete überwiesen worden sind. Diese Pakete für die Flüchtenden im Ruhrgebiet im Werte von etwa 75 Millionen Mark wird als Alltagsbedarf abgegeben.

Berlin. Wie die Blätter erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, für das Ruhrgebiet eine allgemeine Sammlung im ganzen Reich zu veranstalten. Die Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Sammlung ist bereits eingeholt worden. Der Aufruf zur Sammlung soll heute ersuchen.

Nach einer Meldung aus Santiago de Chile kommen die Deutschen Chiles zu einer Spende für die Ruhrflüchter. Die erste Rote von 1000 Dollars (2. Millionen Mark) ist dem Reichsfeldzeug per Kabel überwiesen worden.

Tages-Rundschau.

Eine neue „Verfählung“.

Paris, 21. Januar. Heute veröffentlichte folgende Mitteilung: Die Zeitungen haben gestern festgestellt, daß die Richter und Staatsanwälte bei dem gerichtlichen Schiedsgericht auf Befehl der deutschen Regierung sich geweigert haben, fernherin an den Arbeiten des Schiedsgerichts teilzunehmen. Die französische Regierung hat in einer Note an den deutschen Geschäftsträger die formelle Verfehlung am Schiedsgericht festgestellt und erklärt, daß Deutschland für jeden Schaden verantwortlich gemacht werde, der Frankreich durch die im Verfahren des Schiedsgerichts herbeigeführten Verzögerungen entstehen könnte. Die französische Regierung hat sofort alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Tätigkeit des gerichtlichen Schiedsgerichts sicherzustellen. Der Reichsfeldzeug hat nach dieser Richtung alle notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Berlin, 21. Januar. Auf den Einspruch, der von dem deutschen Geschäftsträger in Paris bei der französischen Regierung wegen der Tötung des Schines des Kommodorens Herrn in Bochum erhoben worden ist, hat der französische Ministerpräsident dem Überbringer des Einspruchs folgende Antwort erteilt: Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 20. d. M. wegen eines Zwischenfalls zu bestätigen, der sich in Bochum am 15. Januar ereignet hat. Ich erlaube mir diese Gelegenheit, um Sie darauf hinzuweisen, daß entsprechend den allgemeinen in dieser Materie angenommenen Grundsätzen jeder Versuch und jede Zurückhaltung, die geeignet ist, die Sicherheit der internationalen Grenzverkehrskommunikation beeinträchtigen zu können, streng untersagt ist.

Die Verschlechterung unseres Gesundheitszustandes.

Berlin, 23. Januar. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags erklärte Volksbildungsminister Hirschfelder, daß der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung als Folge des wirtschaftlichen Druckes festzu-

stellen sei. Die beträchtliche Zunahme der Gefühlskrankheiten und Todesfälle seit Jahresbeginn sei auf die Verschlechterung der Nahrung zurückzuführen. Das Gelpensitzende der Unterernährung ließe uns beunruhigen. Die Tuberkulose steigt seit 1922 bedenklich. Die Säuglingssterblichkeit nehme seit Mitte 1922 ebenfalls zu. Wenn nicht bald durch Herabminderung der mangelhaften Bedingungen des Lebens der Bevölkerung ein gerechtes und vernünftiges Maß Hilfe komme, sei die völlige Zerstörung der Volksgesundheit zu befürchten. Der Minister schloß seine Ausführungen mit einer Mahnung an das Gewissen derjenigen Staatsmänner, die das Geschick Europas bestimmen, indem er auf die furchtbaren Folgen hinwies, die für die ganze Kulturwelt entstehen müssen, wenn das deutsche Volk, insbesondere seine heranwachsende Generation, dem Untergang entgegengeführt wird.

Enttäuschung in Wien.

Auf die ersten Hoffnungen, die man sich in Wien wegen der verprochenen Kredithilfe des Völkerbundes gemacht hat, ist rasch die Enttäuschung gefolgt. Die Blätter führen darüber Klage, daß die letzte Kraft des Volkes durch die Maßnahmen erschöpft ist, die es im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Besserung gemacht hat. Jedermann hat die letzte Krone für die innere Notlage hergegeben und die Regierung hat 25.000 Beamte und Staatsangestellte entlassen. Der höchste Grad der Notlage ist erreicht — die Hilfe aber bleibt aus. Dabei hat die Kontrolle des Völkerbundes, Herr Zimmermann, schon seit Wochen in Wien und Mailand und waltet nach eigenem Gutdünken. Eine Abordnung von Arbeitlosen hat der Bundeskanzler selbst erklärt, daß er noch einen letzten Versuch mit Wien und Paris machen werde, und daß man nicht wisse, wie man weiter kommen könne, wenn dieser Versuch erfolglos bleibt. Gleichzeitig erklärte der Bundeskanzler, die österreichische Regierung werde den Gehalt des Herrn Zimmermann nicht zahlen, wenn sie nicht vom Völkerbund den verprochenen Kredit erhalte. Da diese Drohung irgend welchen Eindruck machen wird, ist recht zweifelhaft.

Kleine Mitteilungen.

mit Berlin, 24. Januar. Von französischer Seite wird in Essen berichtet, daß in Deutschland wichtige Truppenbewegungen vorgenommen wurden. Hierzu wird von ausländischer Seite erklärt, daß alle deutschen Truppen in ihren Garnisonen sind und daß keinerlei Truppenbewegungen irgend welcher Art stattgefunden hat.

Coblenz. Die amerikanischen Truppen verließen am 24. oder 25. Januar die Rheinlande. Ein zweites am Bord des Dampfers „El. Wilhelm“ am 25. oder 26. Januar in Antwerpen eingeschifft.

Köln. Die „Kölnische Post“, das Blatt der britischen Besatzungsarmee, meldet: „Ein französischer Bericht aus Paris behauptet, die vertriebenen Behörden hätten erfahren, deutsche Geheimorganismen bereiten einen Angriff auf die verbündeten Besatzungstruppen an der Ruhr vor. Dieser Bericht ist durchaus unbegründet und sollte mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.“

Magdeburg. 29 in Eile in Magdeburg zusammengetretene Magdeburger Bürger stellten dem Reichsfeldzeug zur Unterhaltung weiteren Ausserordentlich im Ruhrgebiet als erste Rate 25 Millionen Mark zur Verfügung. Weitere Beiträge werden gesammelt. Ferner sind in Magdeburg für sechs Millionen Mark Nachschubmittel gesammelt worden, die sofort nach dem Ruhrgebiet abgehen.

München. Die am Sonntag früh auch im Münchener Hauptbahnhof angekommenen Flüchtlinge, die sich in das Ruhrgebiet begeben wollten, sind in Anbetracht der aufgetretenen Schwierigkeiten gütlich wieder in die Heimat abgeführt.

Berlin. Wie aus London gemeldet wird, läßt die „Daily Mail“ sich aus Mainz melden, von sehr zuverlässiger Seite verlautet, daß Deutschland am Vorabend der Weimarerinrichtung des durch den Berliner Vertrag verbotenen jenseitigen militärischen Dienstes leide. Zwischen Berlin, München und Stuttgart hätten in den letzten Tagen Verhandlungen in dieser Richtung stattgefunden. — Einmal wird hierzu festgestellt, daß diese Meldung von Anfang bis zu Ende erlogen ist.

Rom. Der Papst hat erneut 600.000 Lire für die Armen Deutschlands gespendet; die Hälfte dieser Summe ist für Bayern bestimmt.

Waffenlieferungen in Irland. Im Laufe des Samstags sind in Irland nicht weniger als 11 Kisten Waffen angeliefert worden.

Washington. Mehrere Morgenblätter haben das Gerücht von der möglichen Demission des Staatssekretärs Hughes verbreitet. Dieser hat erklärt, das Gerücht sei vollkommen unbegründet. Es besteht kein Anzeichen zwischen ihm und dem Präsidenten, und er habe keinesfalls die Absicht, seine Demission einzubringen.

Ein politischer Mord in Paris.

Paris, 23. Januar. Gestern nachmittag 3 1/2 Uhr ist in der Redaktion der „Action Française“ in der Rue de la Harpe ein Ausbruch von politischer Mord verübt worden. Eine Gruppe anarchistischer Borden, die schon seit einiger Zeit in der anarchistischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat, hat den Generalsekretär der „Action Française“, Namens Marius Viot, durch 5 Revolverkugeln getötet und durch einen 6. Schuß Selbstmord verübt; sie verurteilten sich in diesem Mord. Es wurde eine Krankenkasse geschaffen, wo sie bei ihrer Vernehmung laute, daß ihre Absicht, eigentlich dem Direktor der „Action Française“, dem Führer der französischen Republikaner Leon Daudet, gegolten habe. Dieser ist dem Anschlag zum Entkommen, weil er sich geweigert hatte, die unbekannte Besucherin zu empfangen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung des Finanzamtes über die Verteilung der eingehaltenen Steuerbeiträge mit dem Hinweis, daß die ordnungsmäßige Durchführung der neuen Bestimmung von Finanzamt überwacht wird und daß der Nichtbeachtung hohe Strafen zu gewärtigen sind. (Vgl. § 33a des Einkommensteuergesetzes.)

Die Frucht für dieses Jahr, ausgenommen Erdbeeren und Weintrauben, ist um fünfzig Prozent ermäßigt worden. Die Maßnahme gilt sowohl für Städtchen als auch für Wagenladungen bei Abgabe als Güter oder Frachtgut bis 31. März.

Hochherzige Spende. Herr Leopold Weismann in New York überwies dem Verein

Rothausche Krüppelfürsorge C. B. Wiesbaden, Niederstraße 3, einen Scheck in Höhe von 50 Dollar. Der Verein ist durch die Hilfe des edlen Wohltäters in der Lage, die durch die anhaltenden Lebenserwartungen ins Stocken geratenen Bauarbeiten an seinem Anstaltsweiterbau teilweise wieder aufzunehmen und denselben seiner Bestimmung näher zu bringen. Zur Fertigstellung des Anbaues sind noch viele Millionen nötig. Wir wünschen dem Verein, daß ihm für seine wohlthätigen Bestrebungen recht bald noch weitere solcher beifälligen Beweise von Hilfsbereitschaft zugehen, die es ihm gestatten, das begonnenen Werk für seine wichtigsten Bestrebungen zu vollenden.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Volkswohlstand dem Oberpräsidenten 1192 Millionen Mark aus Reichs- und Landesmitteln zur Unterhaltung notwendiger Kleinrenten und zur Förderung von Unternehmungen für solche überwiesen. Hierzu tritt ein den Gemeinden obliegender Zuschuß, der die Gesamtsumme der bis Ende März 1923 zu verbleibenden Mittel auf 1 1/2 Milliarden erhöht.

Umsatzsteuererleichterungen. Das Finanzamt schreibt uns: Der Umsatzsteuerpflichtig ist, hat innerhalb des Monats Januar bei dem zuständigen Finanzamt für das Kalendervierteljahr Oktober bis Dezember 1922 die vereinnahmten Umsatzsteuer-Hausen-Entgelte in einer Gesamtsumme als Voranmeldung angegeben und den sich hieraus ergebenden Steuerbetrag (2 v. H. der vereinnahmten Entgelte) als Vorauszahlung abzuführen. Die Vorauszahlung kann mittels Scheck, Bankguthaben oder durch Zahlung in bar geleistet werden. Zahlreiche Steuerpflichtige sind ihrer Vorauszahlungspflicht für die ersten drei Kalendervierteljahre 1922 (Januar bis September 1922) bisher nicht oder nicht genügend nachgekommen. Uebersteigt die für die Umsätze 1922 vereinnahmte Steuer den Gesamtbetrag der bis zum 31. Jan. 1923 gezahlten Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H., so erhöht sich, von anderen Rückstellungen abgesehen, die Steuer in jedem Fall um 10 v. H. dieses überschüssigen Betrages. Die Steuerpflichtigen können diesen Nachschuß vermeiden, wenn sie die bis her nicht in genügender Höhe bewirkten Vorauszahlungen mit der im Januar fälligen Vorauszahlung leisten.

H.C.T.M. Die Rheinlandkommission übermittelte uns folgendes zur Aufnahme: „Die deutsche Presse veröffentlicht jeden Tag, daß die Schmierereien bezüglich des Geldumlaufs und der Geldverteilung, die in erster Linie das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete angeht, die Folge der von den Alliierten ergriffenen Maßnahmen sei. Die hohe internationale Kommission der Rheinlande gibt bekannt, daß keine von ihr ergriffene Maßnahme die Ursache dieser Lage ist, diese wird vielmehr auf die Zuführung gewisser Dienststellen zurückgeführt, die durch die Befehle von Berlin und durch die Haltung einiger Beamter hervorgerufen wurde.“

Die hohe Kommission regnet damit, Maßnahmen zu ergreifen, die das Interesse der rheinischen Bevölkerung gegen die anstehenden Verluste schützen. Es werden ferner Maßnahmen gegen die verantwortlichen Beamten ergriffen werden.

Unterbreitungen haben die von der hohen Kommission bezüglich der fassen ergriffenen Maßnahmen einige Irrtümer in den Gemeinden hervorgerufen, deren Einmischung die hohen Kommission gütlich bekannt, daß sie den Gemeindefürsorge Rechnung tragen wird.“

H.C.T.M. Der Delegierte der Rheinlandkommission im Landkreis Wiesbaden teilt uns mit: Er erscheint in der Presse ein aus Berlin vom 13. Januar datiertes Telegramm, nach dem die rheinischen Exporteur darauf hingewiesen werden, daß bei der Ausfuhr nach Frankreich, Belgien und Luxemburg größter Vorzicht am Tage sei. Zugleich empfiehlt es den Exporteur dringend, Briefmarken aus diesen Staaten feinerer Art zu akquirieren, sondern nur gegen Vorauszahlung oder gegen unbedingte Sicherstellung der Zahlung in Deutschland zu liefern. Im Falle einer Nichterfüllung dieser Forderung würden sich die Beteiligten der Gefahr der Beschlagnahme ihrer Guthaben, unter Ausübung des Art. 18 — Anlage 2 § 8 des Friedensvertrags von Versailles — aussetzen. Diese Nachricht beruht auf einer ungenauen Uebersetzung der Texte. Ganz unbedenklich können die Exporteur der rheinischen Gebiete ihre Geschäfte fortsetzen.“

Erhöhung der Wohnungsantragsgabe.

Ein dem Reichstag zugegangener Lebenserwartungsbericht zum Gesetz über die Wohnungsantragsgabe fordert deren Erhöhung auf 1500 v. H. der jährlichen Friedensmiete vom 1. Januar d. J. an. Begründet wird die Forderung mit dem Hinweis auf die katastrophale Lage des Wohnungsmarktes und die sowohl vom Standpunkt der Wohnungswirtschaft als auch vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaftspolitik aus erforderliche Notwendigkeit, die Wohnungsherstellung in einigermaßen ausreichendem Umfang weiterzuführen. Man hat berechnet, daß Ende vorigen Jahres die Kosten für die Herstellung einer Drei- bis Vier-Zimmerwohnung sich auf etwa 5 Millionen Mark belaufen. Will man also die Herstellung von etwa 15.000 Wohnungen im Jahr sichern, so bedarf es eines jährlichen Betrags für Zuschuß und Tilgung von 750 Millionen Mark. Da nur wenig Aussicht besteht, auf anderen Wegen die erforderlichen Mittel zu beschaffen, so muß nach Auffassung der Regierung in der Hauptsache auf die Wohnungsantragsgabe zurückgegriffen und diese selbst auf 1500 v. H. der Friedensmiete festgelegt werden. Eine Hälfte soll den Ländern und Gemeinden zufallen. Diesen soll gestattet sein, ihren Anteil erforderlichenfalls noch zu erhöhen. Ferner soll die Reichsregierung ermächtigt werden, die Höhe der Abgabe entsprechend der Geldentwertung vierteljährlich abzuändern. Die Ausparung des Reichsmietengesetzes und der erhöhten Wohnungsantragsgabe würden nach Annahme des Regierungsvorlages eine Erhöhung der Friedensmiete auf mindestens das Fünffache bringen. Die Regierung glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß eine solche Preissteigerung immer noch weit hinter der im

Jahre 1922 eingetretenen Verteuerung der anderen Lebensbedürfnisse zurückbleibe, und sie hat ferner ausgedrückt, daß für einen Lehnempfläner die Ausgaben für die Wohnung aus dem ersten etwa 3 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes betragen würden gegenüber einem vor dem Kriege üblichen Einkommen von rund 20 v. H. Um auf vorübergehende Notstände Rücksicht nehmen zu können, sind Bestimmungen von der Abgabe für Sozial- und Kleinrenten, Kriegsbeschädigte, Ruhegehaltsempfänger und ähnliche vorgesehen.

Die Befämpfung der Preiskreiberei.

Der preussische Justizminister hat unter dem 18. Januar folgende allgemeine Verfügung erlassen:

Die Inhaber des Einmessen der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet eingetreteneumpfahbe Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel gibt zu der Befämpfung dieser, doch unläuterer Elemente die Lage zu einer übermäßigen Preissteigerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs auszuwirken werden. Die Befämpfung des Preiskreibens vom 19. Dezember 1922 und die neuen Maßnahmen für die Befämpfung der Preiskreiberei haben hieraus ausgesprochen, daß, soweit es sich nicht um Auslandswaren handelt, bei der Preisermäßigung nicht die Veränderungen des Kurses der ausländischen Zahlungsmittel zugrunde gelegt, sondern nur die Veränderung der Kaufkraft der Mark im Inlande, die sogenannte innere Geldentwertung berücksichtigt werden darf, etwa wie sie in der allmonatlich vom Reichsanwalt veröffentlichten Indexkurve der durchschnittlichen Lebensbedürfnisse zum Ausdruck kommt. Wegen der Preissteigerungen, die dieses Maß übersteigen, ist unannehmlich einzuführen. Auch im übrigen ist es selbstverständliche Pflicht aller Preisermäßigungsbehörden, nachdem durch die neuen Abteilungen und die jüngste Rechtsprechung des Reichsgerichts die schwierigen Fragen der Befämpfung der Preiskreiberei, der Befähigung der Geldentwertung und des Wiederbeschaffungspreises geklärt sind und dabei den berechtigten Bedürfnissen der realen Händler und Erzeugers in weitem Umfang Rechnung getragen ist, in jedem einzelnen Falle, der auch nach den neuen Richtlinien sich als übermäßige Preissteigerung darstellt, entsprechend dem Grad der Lage mit höchstem Nachdruck schnell und entschieden vorzugehen. Bei der derzeitigen Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage wird insbesondere auch darauf zu achten sein, inwieweit die etwa ermittelten Marktpreise als normale Marktpreise anerkannt werden können und ferner inwieweit in Erwartung weiterer Preissteigerungen eine strafbare Zurückhaltung von Waren stattfindet.“

Bildlich. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß sich in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag mit der Ordnung 134 der Rheinlandkommission, betr. Verwaltung und Ausübung der öffentlichen Mäher und der Gemeindefürsorge. Der Oberbürgermeister führte zur Begründung eines dringlichen Antrags aus, daß der Magistrat gemäß den Befehlen des preussischen Ministeriums, die aus der Ordnung 134 etwa hergeleiteten Forderungen der Befähigungsbehörde, daß sie weiter im Verhältnis Vertrag nach im Rheinlandkommissionen einzuhalten, abzulehnen, einen Beschlußfassung einbringen. Dieser Beschluß wurde auf Befehl, die an ihn auf Grund dieser Ordnung ergehen, entsprechend antworten werde. Der Magistrat bitte die Versammlung den Beschluß zu beschließen. Der Stadtschreiber sprach sich gegen den Antrag aus, daß die einzelnen Stadtschreiber folgende Maßnahmen vornehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von der Stellungnahme des Magistrats und billigt als berufene Vertretung der Bürger und im Einvernehmen mit den politischen Parteien den Beschluß. Sie ersucht den Magistrat, unter keinen Umständen unbedingten Forderungen Folge zu leisten. Die Vertreter der Stadt und die städtischen Beamten haben in dieser Sache nur den Befehlen der städtischen Körperschaften und des preussischen Staates zu entsprechen.

Diese Entscheidung fand ohne Debatte einstimmige Annahme, was der Stadtschreiber in Vorlesung stellt, worauf er die Versammlung schließt.

Weitere Spenden zu Gunsten der Sozialen Kasse. Von Herrn Edward F. Wilhelm in New York wurden der Sozialen Kasse 100.000 Mark überwiesen. Die Spende ist um so dankbarer zu begrüßen, daß sie ein neuer Beweis amerikanischer Verbundenheit für die ungeliebte Notlage in Deutschland angedeutet werden darf.

Unfälle auf der Rodelbahn. Am 21. d. M. fand 2 hiesige Schüler auf der Rodelbahn am Chausseebach beim Rodeln einen Unfall. Während der eine Schüler einen Rodelbruch des rechten Fußes erlitt, hat der andere ein Durchschlagen am rechten Bein davongetragen. Beide wurden mittels Kranenautos in das hiesige Krankenhaus überführt. — Weiter sind am 23. d. M. auf derselben Rodelbahn der Lehrling Will Müller und der Kaufmann August Werner, beide in Georgenborn wohnhaft, verunglückt. Müller zog sich hierbei einen Rodelbruch am rechten Fuß zu, während Werner mit erheblichen Gefäßverletzungen davonkam und sich nach zu Fuß nach Hause begeben konnte. Müller wurde mittels Schlitten nach seiner Wohnung verbracht. — Am 22. vormittags erlitt der Lehrer Bunde aus Wiesbaden beim Rodeln auf der Rodelbahn am Chausseebach einen Rodelbruch.

Wiesbaden.

Am 21. Dezember wurde ein hiesiger älterer Rentner von einem Straßenbahnwagen erfasst und unter den Wagen geworfen. Am Krankenhaus ist er jetzt seinen dabei erlittenen schweren Verletzungen erlegen.

Germania-Strauerei-Gesellschaft Wiesbaden. Umlaufende Gerüchte über Verkaufs- oder Auflösungsabsichten dieser Gesellschaft entstehen, wie sie mittels jeder Begründung. Die Gesellschaft trägt ganz familiären Charakter, auch beschäftigt keiner der Aktionäre, seine Aktien zu verkaufen. Der Geschäftsgang wird als durchaus zufriedenstellend bezeichnet.

Vor einigen Tagen hat ein hiesiger verheirateter Hausbesitzer seinem Brotherrn 518.000 Mark, die er für abgelieferte Waren kassiert hatte, unterschlagen und ist damit flüchtig gegangen. Er wurde in Frankfurt verhaftet. Das Geld hatte er inwieweit bis auf einige tausend Mark verstreut.

Schlitten. Am Montag ist in Wiesbaden Herr a. D. Friedrich Christian Reuter, der von 1898

bis 1920 an der hiesigen

im Ruhestande lebte,

mit Wiesbaden verordnen, traten

hiesigen Sitzung, zu

bonnayan der Int

nen Stellung zu ne

der hiesigen W

Oberbürgermeister

der Debatte ab, daß

gegen diese Debatte

Die Magistrat, der

bestimmen auferlegt

hiesige erfüllt hat,

tums der Bürger

bild auf seine

gegenüber anfer

aus den Verfall

land bekommen

sonneme Anweisung

dementsprechend

Befehl, die an ihn

erzogen, dementsp

giltet bietet die

bestimmen. In

seiner Stellung

Wohnungsbesitzer

hiesigen Kommunal

Wiesbaden, die nach

Darauf teilte der

ng. der andern
sie hat ferner
empfangen die
dann erst etwa
n betrugen wü-
liche blühende
An- vorhandene
nen, sind Se-
r Sozial- und
Nutzgehalts-

streiber.
minister hat
allgemeine Ver-

der Franzosen
betreffende sprang
Zahlungsmittel
umfängliche
Bedarfs aus-
Reichsgerichte
einen Resolutionen
haben klar
nicht um Aus-
weisung nicht die
ständischen Zah-
lenden die Ver-
infolge, die
berücksichtigt
allmonatlich vom
den Indagations-
kosten zum Aus-
weisungen, die
schlichte ein-
verständliche
siden, nachdem
s. längste Rech-
tswörter Tragen
Berücksichtigung
überdieschaffung
beredigten Ver-
Erzeugers in
ist, in jedem
neuen Nicht-
gerung vorstellt
mit schärfsten
vorzugehen. Bei
ständischen Bapi-
ten sein, inwie-
se als normale
und ferner
er Preissteige-
ag von Waren

en-Versammlung
den Sitzung am
der Rheinland-
Ausweisung der
bedürftigen. Der
rührung eines
Ratstrat gemäß
instituten, die
elektronische Forde-
rungen im Ver-
abkommen ein-
bezüglichen ein-
auf Befehle
ordnung ergeben
Magistrat bitte
Kreuzen. Der
Ratrat bekannt
Anfrage, die
ammlung nimmt
des Magistrats
den Bürger-
den politischen
m. Sie ersucht
instandes un-
zu leisten. Die
ischen Reamten
Belohnungen der
des preussischen
Debatte ein-
achtordnungen-
Versammlung
Bunkten der
Herrn Edward
der Sozialen
Die Spende
sie ein neuer
ps für die un-
gefahren werden
Der Model-
ge Schüler auf
beim Model-
Schüler einen
erlaubt, hat der
Bein donange-
rankenautos in
Weiter sind
bahn der Ver-
mann August
hnhalt, veran-
Anschubru-
mer mit erheb-
und sich noch
Müller wurde
lung verbracht.
Lehrer Bunte
der Modelbaha

höflicher älterer
gen erfasst und
antenbaute ist
in Beziehungen
i. Gefell-
Berichte
dieser Gefell-
Begründung-
Charakter,
seine Affen
nicht als durch-
hiesiger ver-
herrn 518 000
kassiert hatte,
kassanten. Er
Geld hatte er
hart verurteilt.
Wiesbaden Sch-
der von 1898

bis 1920 an der hiesigen Schule tätig war und lebt
im Ruhestande lebte, gestorben.

Wiesbaden, 22. Januar. Die Stadt-
verordneten traten gestern zu einer außerordent-
lichen Sitzung zusammen, um zu den drei Dr.
domanzen der Interalliierten Rheinlands-
sion Stellung zu nehmen, die die Beschlagnahme
der hiesigen Wäldungen betreffen. Nachdem
Oberbürgermeister Travers die Rechtslage wegen
der Ordnungen dargelegt hatte, gab er die Er-
klärung ab, daß der Magistrat beschließen habe,
gegen diese Ordnungen, hinsichtlich zu protestieren.
Der Magistrat, der die ihm durch das Rheinlands-
abkommen auferlegten Pflichten auf das Gewisse-
ste erfüllt hat, steht sich als Hüter des Eigen-
tums der Bürgerstadt Wiesbadens und im Hin-
blick auf seine Verantwortung der Bürgerschaft
gegenüber außer Stande, die ihm durch die weite-
re auf den Verfall der Beträge nach auf das Rhein-
land abkommen sich folgenden Ordnungen ange-
nommene Mitwirkung zu leisten. Der Magistrat hat
demnach Beschlüsse gefasst und er wird auf
demselben Beschlusse der Stadtverordnetenver-
sammlung, dementsprechend antworten. Der Ma-
gistrat bittet die Stadtverordneten, diesem Beschlusse
beizustimmen. In voller Übereinstimmung mit die-
sem Beschlusse steht eine Anordnung des preussischen
Ministerpräsidenten und die Anordnung der preus-
sischen Kommunalverwaltungsbehörden an die Stadt
Wiesbaden, die nachträglich bekannt geworden sind.
Darauf schloß der Stadtverordnetenrat, Geh.
Ratrat Dr. Albert, folgende Resolution zur An-
nahme vor: „Die Stadtverordnetenversammlung
nimmt Kenntnis von der Stellungnahme des Ma-
gistrats und billigt als berufene Vertreterin der
Bürgerschaft und im Einklang mit den politi-
schen Parteien Wiesbadens, der Vereinigten
Sozialistischen Partei, der demokratischen Partei,
der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei und
der Deutschnationalen Volkspartei sein Verhalten.
Sie ersucht den Magistrat, unter keinen Umständen
die Beschlagnahmeentscheidungen Folge zu leisten.
Die Vertreter der Stadt und die städtischen Be-
amten haben in dieser Sache nur den Anweisungen
der städtischen Körperschaften und des preussischen
Staats zu entsprechen. Allgemeine Erregung rief
das Verhalten des Stadtverordneten Rates (Komm.)
heraus, der erklärte, nicht für diese Resolution
kommen zu können und gegen die Gewaltpolitik
der alliierten Mächte Einspruch erheben. Als der
der alliierten Mächte Einspruch erheben. Als der
der alliierten Mächte Einspruch erheben. Als der

Elster. Die im Rahmen der Vereinigung
Rheinland-Versteigerungen hatten rd. 45 000 000
Mark Ergebnis. Einzelne Ergebnisse: Rangenath
und Simmern, Elster 17 230 000 Mark, das
Halbholz durchschnittlich 861 000 Mark, Rentmeister
Kriegler 8 070 000 Mark, Halbholz durch-
schnittlich 780 000 Mark, Weinrent 3 320 000
Mark, durchschnittlich 684 000 Mark, Pflanzgut El-
ster 3 200 000 Mark, Früchtesaat 1 340 000
Mark, Stadtbäume 3 250 000 Mark.
In Frankfurt. Bei einer Hirschjagd in der
Gullesstraße verlor eine Frau ein Mädchen. Am
nächsten Tage war es unter Mitnahme von Wert-
sachen für eine Million Mark verschwunden.
In Frankfurt. Der Heizer des Frankfurter-
Berliner Nacht-Zuges kam während der Fahrt
durch einen unglücklichen Zufall einem auf der
Strecke stehenden Mast zu nahe und stürzte sofort
tot in die Wäldchen. Die Leiche wurde in Offenbach
abgeholt, um nach Frankfurt überführt zu werden.
Ein Schwein 1 1/2 Millionen Mark. Zu
dem am Montag auf dem Viehmarkt gehaltenen
Wettrenn kam ein fettes Schwein, das circa 5 bis
6 Zentner wiegt, auf über eine Million Mark; auch
auf dem Großviehmarkt kamen einzelne Tiere auf
weit über eine Million Mark. So werden Fleisch
und Wurst zu einem Luxus, den sich der größte
Teil der Bevölkerung nicht mehr leisten kann.

Ans. Der hiesige Magistrat hat beschlossen,
infolge schwieriger Finanzlage keinerlei geldlichen
Opfer mehr zu bringen für den Raketenbau und
andere Beschäftigungen, vielmehr dem Fiskus die
Ausführung der Anlagen zu überlassen. Das
Defizit beträgt 11 Millionen Mark.
Beitrag. Der Fabrikant Wilhelm Weber von
hier grüßte am Samstag morgen beim Abfahren von
Seiden unter die Nordräder eines schwer be-
lasteten Wagens. Ein Rad fuhr über ihn und ver-
letzte ihn so schwer, daß der Bedauernswerte auf
dem Transport zum Wiesbadener Krankenhaus
starb.

Wiesbaden, 22. Januar. Auf dem Ober-
regierungsrat Offenbach der hiesigen Haupt-
steueramt sind auch noch die beiden Oberassisten-
ten Müller und Horn festgenommen worden.
Wiesbaden, 23. Januar. Der 24-jährige Papie-
renhändler Peter Winter aus Speider bei Trier hatte
sich vor dem französischen Kriegsgericht zu verant-
worten, weil er im Sommer v. J. in Trier eine
Ortsgruppe der sogenannten Ehrhardtbrigade als
Präsident geleitet und für diese Geheimorganisation
Waffen gesammelt haben soll. Das Urteil lautete
auf zwei Jahre Gefängnis.

Mainz. Die gesamte Arbeitgeber-
und Arbeitnehmerkammer des Wirtschafts-
gebietes von Mainz, Wiesbaden und Umgebung
hat am 23. Januar eine Entschiedenheit gefasst,
in welcher sie gegen die gewalttätige Neubestellung
deutscher Gebiete die schärfsten Protest erhebt und
ihren Willen an der Ruhe die mächtigste Sym-
phonie in ihrem Abwehrkampf ausspricht. Sie legt
gegen die Verhaftungen deutscher Wirtschaftsführer
und Beamten förmlich Protest ein, erhebt
schärfsten Einspruch wider das eingeleitete Kriegs-
gerichtliche Verfahren gegen Männer, die lediglich
ihre Pflicht als deutsche Staatsbürger und Beamte
treu und gewissenhaft erfüllt haben und erwartet
die sofortige Freilassung der Verhafteten und die
Unterlassung weiterer Gewaltmaßnahmen. Es heißt
in der Entschiedenheit zum Schluß: „Wir wissen, daß
der Kampf unserer Brüder an der Ruhr auch
unser Kampf ist und sind gewillt, nötigen Falls
mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, den
Abwehrkampf zu unterstützen, um die Ehre des

deutschen Vaterlandes und die Einheit des deutschen
Volkes zu wahren.

Wiesbaden. Ein junger Mainzer Parte-
kletterte auf der Eisenbahnbrücke von Wiesbaden nach
Mainz von der Plattform auf das Wagengestell und
stürzte sich dort in die Höhe. In diesem Augenblick
fuhr der Zug durch die Eisenbahnbrücke. Der Parte-
wurde auf das Dach des Wagens geschleudert und
blieb bewußtlos liegen. Auf dem Mainzer Südbahnhof
wurde er von dem Dach heruntergeholt und ins
städtische Krankenhaus gebracht, wo eine
Schädelverletzung festgestellt wurde.

Bingen. Wie der Bürgermeister in der Stadt-
verordnetenversammlung mitteilte, ist der Stadt die
grundtägliche Genehmigung zum Bau einer zweiten
Kaserne erteilt worden. Durch diesen Bau, dessen
Ausführung beschleunigt werden soll, verspricht
man sich eine große Erleichterung der Wohnungsnot.

Vermischtes.

Ein schweres Explosionsunglück.

München, 22. Januar. Am Samstag er-
eignete sich in einer Kaserne der ehemaligen
Kriegsmarine ein schweres Explosionsunglück.
41 Personen, 9 Frauen und 2 Männer
wurden getötet. Die Explosion entstand bei der Be-
reinigung von Leuchtpatronen, die zur Veranstaltung
eines Feuerwerks dienen sollten und bereits in Zer-
setzung übergegangen waren. Die Feuerwerke drang
mit Rauchgasen in den Raum ein, land
aber bereits als es tot. Der Unteroffizier Kapp-
meister, der es unterlassen hatte, die notwendigen
Maßnahmen zu treffen, wurde wegen fahrlässiger
Tötung und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz
verhaftet.

Der Zuckerspreis. Der zurzeit auf 52 000 Mt.
pro 100 Kilo stehende Zuckerspreis dürfte für
die erste Februarhälfte weiter heraufgesetzt werden.
Die Forderungen der Fabriken liegen zwischen 70-
und 80 000 Mark. Die Entscheidung des Ernäh-
rungsministers dürfte in diesen Tagen fallen. Der
neue Großhandelspreis würde einem Kleinhandels-
preis von etwa 550 bis 650 Mark pro Pfund ent-
sprechen; im Einzelhandel würde er wohl etwa in
der zweiten Februarwoche fällbar werden.

Ein Streichholzschacher und sehr. Früher in
jener glücklichen Vorzeit kostete eine Schachtel
Streichholz 0,7 bis 1 Pfg. Heute kostet eine
Schachtel 20 bis 30 Pf. So daß also ein Streichholz,
wenn man etwa 40 bis 45 Stück brauchbare als An-
halt annimmt, 45 bis 75 Pf. kostet. Für diesen Be-
trag bekam man vor dem Kriege in Speisekassens-
kassen ein Würstchen, bestehend aus Suppe, Fleisch,
Gemüse, Kartoffeln und ein Viertel Bier. Und
heute? Ein Streichholz! Es ist zum Nachdenken, wenn
es nicht so traurig wäre.

Buntes Mierlei.

Ein gutes Geschäft. Die 18 000 Morgen große
Herrschaft Niehl im Kreis Greding ist durch den
Beschlagnahme der Nationalistischen Erben, Justizrat
Wittmann in Berlin, für den Preis von rund vier
Millionen Mark verkauft worden und in den Besitz
der Holzfirma Johann Jakob Dornwald in Ober-
hausen übergegangen.
Gefährlich. Gestern wurde auf einem
Grundstück in der Kottenburgerstraße beim Nach-
fahren von Erdmassen drei Personen durch nach-
stürzende Erdmassen verdrückt. Eine konnte sich
retten, während eine 27-jährige Frau und ein 19-
jähriger Knecht nur als Leichen geborgen werden
konnten.

Neueste Nachrichten.

Stresemann über die politische Lage.
Hamburg, 23. Januar. Reichstagsabge-
ordneter Stresemann sprach gestern abend hier
über die politische Lage. Er sagte u. a.: Das
ganze Volk steht hinter der Regierung. Wir haben
wieder Charakter in Deutschland. Das ist der Ein-
gang des Widerstandes des ganzen Volkes. Die
Regierung wird festhalten. Es geht sehr hart auf
hart. Es darf heute nur noch heißen: Keine Par-
teipolitik nach innen, sondern deutsche Politik nach
außen.

Was dem Ruhrgebiet.

Berlin, 27. Januar. Nach einer Meldung
des „Berliner Tageblatts“ aus Offenbach wird man
dort offenbar die Zolllinie vor, die um das gesamte
Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es finden große
Angruppierungen von Truppen statt. Die Truppen
werden aus den Städten gezogen. In Dortmund
hat der Abtransport der Truppen bereits begonnen.
Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenze
des Ruhrgebietes in ihrem ganzen Umfang zu be-
setzen, um so die Durchdringung der Zolllinie auszu-
bannen.

Guter Kohlenverkauf ins unbefetzte Deutschland.
Essen, 24. Januar. Der Kohlenverkauf in
das unbefetzte Gebiet ist wider alles Erwarten gut.
Die Eisenbahnen verfrachten alle Bestände, deren
sie habhaft werden können, nach Osten und Süden.
(Der ganze Ruhrgebiet gibt es etwa 700
Bahnhöfe, darunter die größten der Welt. Die
Gesamtzahl der Eisenbahnbeamten und Arbeiter
beträgt 100 000, während die Franzosen für den
Dienst im Ruhrgebiet bisher etwa 1500 Mann vor-
geschoben haben.)

Die Ausweisung des Kölner Finanzamtspräsidenten
zurückgenommen.

Paris, 24. Januar. Auf Verlangen des
englischen Oberkommandanten ist der gegen den
Präsidenten des Landesfinanzamts in Köln, Häh-
ling von Langenauer, erlassene Ausweisungsbefehl
von der Rheinlandkommission wieder zurückge-
nommen worden.

Die Freilassung der Industriellen abgelehnt.

Mainz, 24. Januar. Bei dem gestrigen
Nachmittagsempfang des Regierungspräsidenten Dr.
Brügger und der Arbeitervertreter im Generalkom-
mando der Rheinarmee erklärte Generalleutnant
Sermel, General Degoutte sei nicht anwesend, habe
aber im übrigen seiner vorgetragenen Erklärung nichts
hinguzufügen. Der Sprecher der Arbeiter, Dehmann,
überreichte dann eine Erklärung, in der es heißt:

„In letzter Stunde erheben wir im Namen von
600 000 Arbeitern und Angestellten des Bergbaus
und Hunderttausenden von Arbeitern der Industrie-
betriebe Rheinlands und Westfalens sowie von über-
tandenden Reichs-, Staats- und Kreisbeamten und
Angestellten einmütig Einspruch gegen den Versuch,
deutsche Staatsbürger wegen pflichtgemäßer Be-
achtung deutscher Kriegsgefangener vor ein Kriegsgericht
zu stellen. Sollte dieser unter letzter letzterlicher Ein-
spruch abermals unbeachtet bleiben, so sehen wir als
Spracher der gesamten westfälischen Kopf- und Hand-
arbeiter des wichtigsten Zentrums des europäischen
Kontinents uns genötigt, alle Folgen der französi-
schen Regierung auszuwerfen, die aus einer Kriegs-
gerichtlichen Verurteilung der vorbestehenden deutschen
Staatsbürger im Ruhrgebiet entstehen werden.“

Gewerkschaftsleiter Dr. Geyer brachte das ein-
mütige Entschließen vor, die Verhafteten besonders
wegen ihres teilweise hohen Alters gegen Verpfän-
dung der Mannesbriele aller Erscheinungen, jene zur
Stellung vor Gericht zu veranlassen, sofort aus der
Haft zu entlassen; das gleiche versprach in amtlicher
Eigenschaft Regierungspräsident Brügger. Der Ge-
neral lehnte das Gewand ab, weil in das
Kriegsgericht nicht eingegriffen werden könne,
erklärte sich aber bereit, die überreichte Erklärung
dem General Degoutte heute noch zu übermitteln.
Eine Stunde nach dieser Besprechung ließ Degoutte
die Abordnung wissen, daß er bei seinem gestrigen
Beschlusse beharre.

Neue französische Befehle.

Wiesbaden, 24. Januar. Die französische
Besatzungsbehörde hat gestern gelegentlich
einer mündlichen Verhandlung auf Grund von Vor-
stellungen des Regierungspräsidenten von Düsseldorf,
die in den letzten Tagen erfolgt waren, mitge-
teilt, daß seitens des Oberbefehlshabers der Rhein-
armee Befehle folgenden Inhalts ergangen sind:
1. Es ist allen Truppendiensten ausdrücklich verboten,
legend welche Feindwaren für den Truppenverbrauch
zu beschlagnahmen oder aufzulösen. 2. Das gleiche
Verbot ist hinsichtlich Frischkäse und Gefrierfleisch
für Metzgerien und Schlachtereien erlassen. Außer-
dem wurde erklärt, daß die Besatzungsbehörde sich
jeglichen Eingriffs in die Einfuhr von Lebensmitteln
in das Ruhrgebiet auf allen Verkehrswegen ent-
halten wird; dies soll auch dann gelten, wenn die
Eisenbahntransporte für die Entente, also die Repa-
rationskohlentransporte, verweigert werden.

Ein neuer Gemeinschaftssinn in Deutschland.

Berlin, 24. Januar. Bei dem Empfang der
Gewerkschaftsführer erklärte der Kanzler zum
Schluß, ein neuer Gemeinschaftssinn werde in allen
Kreisen des Volkes durch die Verhältnisse erweckt.
Die Reichsregierung werde darauf gestützt die Ab-
wehr gegen den französisch-belgischen Rechtsbruch zu
Ende führen, rein sachlich, ohne unnötige Schärfe
und nur mit dem Ziel, das Recht zu sichern. Dieser
Kampf ums Recht werde aber auch mit aller Energie
durchgeführt werden.

Die Kriegsgerichtsverhandlung in Mainz.

Wiesbaden, 24. Januar, 8.45 Uhr vorm.
Die auf 9 Uhr heute vormittag anderwärts Kriegs-
gerichtsverhandlung gegen die Industriellen
bezw. Gegenvertreter aus dem Ruhrgebiet findet
im geräumigen Schmutzgerichtssaal des Justiz-
palastes statt, in dem eine große Anzahl von Presse-
vertretern namentlich aus dem Auslande und ins-
besondere aus dem neutralen Auslande, bereits ein-
getroffen sind, während andere vergebens auf Zu-
tritt warten, da der Pressesaal, in dem sich eine
große Anzahl Pressevertreter mit Stuhlplätzen be-
gütigen muß, bereits überfüllt ist. Schon von
8 Uhr ab hatten sich zahlreiche Zuhörer einge-
finden, und der Zuhörerraum war in wenigen Se-
kunden bereits überfüllt, jedoch ein großer Teil
nicht mehr zugelassen werden konnte. Kurz nach
8 Uhr zog eine kleine Abteilung französischer In-
fanterie mit aufgesangenen Seitengewehr vor dem
Justizgebäude auf, in dem sie verteilt aufgestellt
wurde.

Wiesbaden, 24. Januar. (Vormittag.)
Der Militärstaatsanwalt wies nach längeren
Ausführungen über die rechtliche Lage darauf
hin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen
eine Geldstrafe möglich sei und daß
eine solche Geldstrafe nach seiner Ansicht sowohl
dem Recht Frankreichs auf Verstrafung wie auch
der besonderen Lage der Angeklagten wohl
entsprechen würde.

Ein Antrag der Verteidigung wurde dar-
auf 10 Minuten nach 11 Uhr die Sitzung auf
2 1/2 Uhr nachmittags verlegt.

Markt-Rotierungen der Berliner Börsen vom 23. Januar 1923.

	vor dem Krieg	22. Jan.	23. Jan.
amerik.	1 Dollar 4.20	23000.	20875.
französisch	1 Franc 0.20	1825.	1330.
Schweiz	1 Franc 0.25	4300.	3024.
Belgien	1 Franc 0.20	1400.	1160.
England	1 Pfund 1.00	9 00.	8307.
Österreich	1 Schilling 20.40	167000.	67000.
Polen	1 Zloty 0.50	600.	596.
Deutsches	100 Reichsmark 50.	—	28.

Die nordamerik. Krone 335.—, die dänische 2500.—,
die japanische 564.—, die tschechische 381.— Mark, die
polnische 74 Pfg.

24. Januar. Der Preisverfall.

Dollarkurs (10 Uhr vorm.) 20750.00
Frankenkurs (10 Uhr vorm.) 1360.00

Frankfurter Börsen vom 22. Januar.

Im Mittelpunkt des Börsengeschäfts, das trotz
der verheerenden politischen Lage im Ruhrgebiet im
Allgemeinen fest lag, stand der Montanmarkt.
Die Rheinisch-westfälische Werte verzeichneten eine
starke Aufwärtsbewegung der Kurse, namentlich
die Stinneswerte. Stinnesaktien 62 500 (+ 17 500),
Thüning 40 000 (+ 8000), Rheinisch 54 000
(+ 23 500), Luxemburg 52 000 (+ 12 000), von
obersteifischen Werten Caro 24 900 (+ 5900),
Oberberg 30 500 (+ 5700). Der Kalimarkt ver-
tehrte fest und angeregt. Auf dem Chemiemarkt
zogen die Kurse der Amalgamgruppe nach anfäng-
lichem Zögern lebhafter an. Amalgam 20 000, Gries-
heim 18 500 (+ 2500), Schicht 17 000 (+ 1500),
Schicht 14 000 (+ 4000). Der Maschinen-
markt verkehrte unregelmäßig. Dehmer 7800
(— 500), Rieger 9500 (+ 500). Sehr lebhaft in
Nachfrage liegen Elektrowerte. Schudert teilweis-

bis 41 500 (+ 18 000). Der Zuckermarkt war recht
matt und launisch, durchweg auch schwächer. Fran-
kenthal 13 800 (— 2000), Stuttgart 16 000, Heil-
bronn 11 000 (— 2000). Auf dem Bankaktienmarkt
waren Deutsche Bank 12 000 und Dresdner Bank
gefragt. Schatz zogen Preussensanlo an 3 Proz.
Konfols 520 (+ 75), 3 1/2 Proz. Konfols 280 (+ 39).
Auf dem Wertpapiermarkt notierten Ungar. Gold
32 000 (+ 8000), Zetteln 26 000, Wagbad II
26 500, Otasi 135 000 (+ 15 000). — Devisen:
Brüssel 1280, Holland 8900, London 104 500, Paris
1417 1/2, Schweiz 4130, Spanien 3450, Italien 1055,
Dänemark 4250, Norwegen 4120, Schweden 5975,
New York 22 200.

Frankfurter Getreidebörsen.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Bei sehr
fester Geschäftslage und weiteren Preissteigerungen
um rund 50 Prozent wurden bezahlt für je 100
Kilo Weizen 75 000—80 000 M., Roggen 65 000 bis
70 000 M., Gerste 60—65 000 M., Hafer inländischer
40 000—50 000 M., Hafer (in Hafer und Weizen)
80 000—82 000 M., Weizenmehl 100 000 bis
120 000 M. (Leiste Weizenmehl 90 000 M.), Roggen-
mehl 95 000—105 000 M., Erbsen 90 000 bis
110 000 M.

Frankfurter Viehmarkt.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Der
heutige Markt stand unter dem Zeichen einer aber-
maligen gewaltigen Preissteigerung, die alles über-
her Tagelöhne in den Schatten stellt. Es wurden
bezahlt für einen Zentner Lebendgewicht: Ochsen
70 000—105 000 M., Bullen 80 000—100 000 M.,
Ferkel und Kühe 70 000—105 000 M., Schafe
80 000—90 000 M., Kälber 78 000—110 000 M.,
Schweine unter 80 Kilo 160 000—170 000 M., von
80—100 Kilo 175 000—190 000 M., von 100—150
Kilo 190 000—200 000 M., über 150 Kilo 200 000 bis
210 000 M.

Spätes Glück.

Von Hans von Banburg.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Natürlich, lächelte Weidemann und ließ sich
nun auch endlich auf den ihm schon vorher ange-
botenen Stuhl nieder. Er sagte gütig: Sey Dich
doch auch, Reichen, und nachdem sie es getan:
Nimm Ding, siehst ja ganz rot aus. Hast Dich ge-
ärger, weil ich Dir nicht vorher mitteilte, was ich
heute hier bezweckte, nicht wahr? Ach, laß gut
sein, Kind, ich fand, es ist meine verfluchte Pflicht
und Schamhaftigkeit, allen Möglichkeiten zu begegnen,
die Dir Schaden bringen könnten. Du warst der
erste Mensch, der mich aus stummer Verbittertheit
wieder auftrat, mir zeigte, daß jede Arbeit
Freude bergen kann. Ich habe wieder lächeln ge-
lernt und erkannt, daß der Himmel auch manchmal
blau aussieht und nicht immer grau. Für all das
hast Du Liebe und Vertrauen verdient. Es handelt
sich ja nur um eine Förmlichkeit, denn ich wünsche
von ganzem Herzen, noch viele Jahre an Deiner
Seite leben zu dürfen. Er sah den Justizrat an.
Kreuzen Wolke ist außerordentlich geschäfts-
tätig, so eine Geförmlichkeit brauche ich. Jange Liebe
kann ich Dir nicht mehr geben, aber ein guter
treuer Vater will ich Dir sein, ein alter zuverlässiger
Freund, Tochter soll sie mir sein und junge
Freundin.

Eine Blüte mit hellen Augen auf. Sie
wachte sofort, was Weidemann eben gesagt, war so
eine Art von Ehrenrettung für sie gewesen, der
alte Herr hatte das heimlich verdächtige Lächeln
des Justizrates ebenso wie sie gebüht. Er war so
gut zu ihr, es ist ihr im tiefsten Innern wohl, doch
ein Reich so herzugeben zu ihr war. Welche der
Justizrat und auch andere von ihr dachten, was sie
mollten, weil sie mit dem um fünfzig Jahre älteren
Vater vor dem Altar trat. Er bedeutete es die
Kettung aus Einsamkeit und Schwerkraft und dem
alten Mann ebenförmlich.

Das Testament ward aufgelegt und der Al-
ter angetreten. Strahlend lag der goldene Herf-
lonsenchein über allen Dingen und die Welt zeigte
sich so wunder—wunderbar, daß viele bunte
Hoffnungen und allerlei gute Vorläufe in Rene
Wolke erwachten.

Richard Weidemann zog ihren Arm unter den
seinen.

Komm, Reichen, Deine Nähe tut mir gut, hab
nun einen Menschen, der mir angeht.
Sie lächelte. Ach bin Dir viel Dank schuldig.
Du gibst mir eine sorglose Zukunft, Du —

Er ließ sie nicht weiterprechen.
Rechts von Dank, Reichen, damit zahlst Du zu
reich. Er streckte ihre Hand, die auf seinem Arm
lag. Du gibst mir mehr, Kind, tausendmal mehr
als ich Dir. Es ist herrlich, ist ein Gottesgeschenk,
was Du mir gibst. Denk nur, Kind, ich bin allein,
kein Vater die Augen schloß. Heber ein halbes
Jahrhundert ist seitdem verfließen, und was in
dieser Zeit von Frauen die Fänge nach mir
ausstreckte, um sich den lieblich wohlhabenden Jung-
geleuten zu greifen, zeigte seine Wüsten zu deut-
lich, machte mich zum Frauenverdrücker. Aber
heimlich, weißt Du, Reichen, so ganz heimlich habe
ich mich doch nach dem kranken Streicheln von
Frauenhänden geföhlt, mich geföhlt nach einem
Wesen, das mein einfaches Wohl mit mir teilt,
meine Freuden mitempfindet und auch meine
Klagen. Ein großes Schicksal ward mir nicht,
bin allein ein schlichtes Grämnchen gewesen,
das im Gemüthe mitleiden und überleben wird,
aber Teilnahme an meinem kleinen Schicksal hätte
mir zuweilen wohl getan wie eine Erfrischung.
Doch ich noch am Ende meines Lebens ein liebes
junges Menschenkind an meine Seite können darf,
ist etwas so herrliches und liebeswärtiges, daß
ich es manchmal gar nicht zu fassen vermag. Kind,
Du ahnst nicht im entferntesten, was Du mir gibst.
Er suchte ihren Blick. Mein Tochterchen sollst Du
sein, das mir mein Heim verleiht und mir treu
zur Seite steht. Mußt, wenn Dich etwas drückt
und quält, stets zu mir kommen, Dein Herz ent-
lasten, damit ich Dir bestehen kann wie ein guter
Vater.

Eine ersehnte Inbrünstigkeit: Wie einen guten
Vater will ich Dich ehren und achten. — Sie legte
leiser hinzu, und lieb haben.

Richard Weidemann sprach leise: Dein Lieb-
ster zu sein, dazu bin ich zu alt, Du sollst niemals
die Erinnerung an eine Karikatur von mir haben,
nur später, wenn ich nicht mehr bin, meiner in
schönerer Liebe gedenken.

Nun redeten beide nicht mehr, wandelten fried-

